

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2002



Nun höret die Signale!

Um das Ansehen des Wirtschafts- und Investitionsstandorts Deutschland ist es nicht gut bestellt. Dass es schlechtere Standorte gibt, ist kein akzeptables Gegenargument. Ein Land wie Deutschland hat die menschlichen und sachlichen Ressourcen, um sich auf einer der führenden Positionen der ersten Wirtschaftsliga der Welt zu behaupten.

Davon aber ist die deutsche Wirtschaft weit entfernt. Wo immer sich kühl beobachtender Sachverstand zu Wort meldet, wird das bestätigt: in Studien der OECD, in Analysen des Internationalen Währungsfonds, im Befund renommierter deutscher Forschungsinstitute. Um zu bemerken, dass sich das rundspricht, muss man nicht im Dauergespräch mit den Wirtschaftsführern der Welt stehen. Es liegt kein Ring des Geheimwissens um die Antwort auf die Frage, was international tätigen und vergleichenden Investoren am Wirtschaftsstandort Deutschland nicht gefällt: Es ist der Korporatismus des Politik-Verbände-Filzes am Arbeitsmarkt, es ist die anscheinend unaufhaltsame Kostendynamik der Sozial- und Vorsorgeeinrichtungen, es ist der hohe Staatsanteil mit seinen Folgen für die Steuerlast und für das Zurückdrängen der Marktkräfte.

Mit ordnungspolitischer Entschlossenheit ließe sich das ändern. Die permanente Not der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden kommt nicht von gelegentlichen Steuersenkungen. Sie kommt von der demotivierenden Überbesteuerung und von der Ausbeutung der öffentlichen Haushalte durch eine Sozial- und Verteilungspolitik, die längst nicht mehr in der Lage ist, ihre Ergebnisse statistisch darzustellen, geschweige denn ethisch zu begründen. Selbstverständlich ließe sich, wenn man nur wollte, das Gesundheitswesen wirtschaftlich, sozial und medizinisch zielführend reformieren. Und es ist überhaupt kein Geheimnis, welches Maß und welche Formen an Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt herrschen müssten, damit wieder mehr Arbeitsstellen und weniger Arbeitslose gezählt werden könnten.

Die Parteien rüsten zum Wahlkampf. Werbekampagnen mit allerlei Sprüchen und bunten Bildern werden ausgetüftelt. Den Kandidaten aber möchte man zurufen: Nun hört endlich auf die Signale der Standortschwäche, entfesselt einen Wettbewerb marktwirtschaftlicher Reformen!

Hans D. Barbier

In der Schuldenfalle

Rund 2,6 Millionen Haushalte – das sind gut eine halbe Million mehr als vor fünf Jahren – gelten in Deutschland als überschuldet. Sie können bestenfalls die Zinsen für ihre Kredite aufbringen. Jugendliche unter 25 Jahren haben Schulden von mehr als fünf Milliarden Euro angehäuft. Markenkleidung, Handy, das erste Auto – alles werde auf Pump gekauft. Gründe für die Schuldenmisere seien Arbeitslosigkeit, aggressive Marketingstrategien der Unternehmen sowie das schlechte Vorbild der Eltern.

Quelle: Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen

Kinderarbeit

Laut Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten 246 Millionen von rund 1,5 Milliarden Kindern weltweit. 67 Millionen sind nach Auffassung der ILO zu halbwegs erträglichen und nicht gesundheitsgefährdenden Bedingungen beschäftigt. 179 Millionen Kinder unter 15 Jahren dagegen müssen körperlich anstrengend und stark gesundheitsgefährdend arbeiten. Schätzungsweise 8,4 Millionen von ihnen sind gar verdammt, ihr Dasein als Sklaven, Kindersoldaten oder Prostituierte zu fristen.

Schülerhilfe mit Mängeln

Schüler, die Hilfe bei Hausaufgaben suchen, sollten sich nicht auf das WWW verlassen. Das zumindest rät die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen nach einem Test von Hausaufgabendiensten wie „www.spickzettel.de“ oder „www.gute-noten.de“. Für den Test hatte die Verbraucherzentrale rund 100 Fragen aus den Fächern Mathematik, Biologie, Physik und Chemie verschickt. In der Mehrzahl kamen die Antworten erst nach Tagen. Noch ärgerlicher: Viele Lösungen waren falsch.

@: www.vz-nrw.de

Arbeitsplätze

Im vergangenen Jahr waren fast 80 Prozent aller Arbeitnehmer in klein- und mittelständischen Unternehmen beschäftigt, und nur dort entstehen weiterhin Arbeitsplätze: Während Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten in den vergangenen zwanzig Jahren fast eine Million Arbeitsplätze abgebaut haben, fanden fast drei Millionen Menschen in Unternehmen mit weniger als 1 000 Beschäftigten Arbeit.

Sicherheit: Lieb und teuer

Die Arbeitnehmer mussten im vergangenen Jahr rund 180 Milliarden Euro in die gesetzlichen Sozialversicherungen einzahlen. Diese Zwangssicherheit scheint vielen nicht ausreichend: Zusätzlich hat jeder der gut 50 Millionen deutschen Haushalte rund 2 600 Euro für Privatversicherungen ausgegeben, summa summarum rund 130 Milliarden Euro. Die prämiestärksten Versicherungen waren:

Versicherungen	
in Milliarden Euro	
Lebensversicherung	61,0
Autohaftpflichtversicherung	20,4
Private Krankenversicherung	18,7
Privathaftpflichtversicherung	5,9
Private Unfallversicherung	5,4
Wohngebäudeversicherung	3,5
Rechtsschutzversicherung	2,7
Private Pflegeversicherung	2,0
Transportversicherung	1,6

Unterwegs im WWW

In Deutschland sind im Jahr 2001 rund 25 Millionen Menschen online gewesen; die Zahl der deutschen Internetnutzer hat sich von 1997 bis 2001 gut versechsfacht.

	Deutschland Online	
	www-Nutzer in Millionen	in Prozent
1997	4,1	6,5
1998	6,6	10,4
1999	11,2	17,7
2000	18,3	28,6
2001	24,8	38,8

(Personen ab 14 Jahren)
Quelle: ARD/ZDF-Online Studien 1998–2001

Der Wahlkampf hat begonnen

Am 22. September 2002 wird der neue Bundestag gewählt. IM KLARTEXT hat in den Programmen der im Bundestag vertretenen Parteien nachgeschaut, was nach der Wahl gegen die Massenarbeitslosigkeit geplant ist.



„Zentrales Ziel der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik ist die Vollbeschäftigung.“

„Die Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Arbeitslose ermöglicht konzentrierte Bemühungen im Interesse der Langzeitarbeitslosen für eine bessere, schnellere Vermittlung in Beschäftigung.“

„Die Zahl der regelmäßigen Überstunden ist zu hoch. Wir brauchen intelligente Arbeitszeitmodelle, die Beschäftigung sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Neue Formen der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeiten bieten große Chancen für den Einzelnen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf...“

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“

„Das klassische Regel-Arbeitsverhältnis wird auch künftig dominieren. Es wird jedoch zunehmend ergänzt durch andere Beschäftigungsformen, wie zum Beispiel befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeit,

Werkverträge, Zeitarbeit, Telearbeit oder Jobrotation. Wir wollen diese flexiblen Ergänzungen zum Regelarbeitsverhältnis gestalten und dabei soziale Sicherheit gewährleisten.“

„Statt einer flächendeckenden Subventionierung des Niedriglohnbereichs wollen wir die Sozialabgaben so gestalten, dass die in Deutschland künstlich errichtete Teilzeitmauer überwunden wird. Wir wollen die individuellen Eingliederungspläne mit den Arbeitssuchenden nach dem Konzept Fördern und Fordern ausbauen. Eine Verschärfung der Sanktionen lehnen wir ab.“



„Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik sind besonders in Ostdeutschland weiterhin notwendig. Insbesondere für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, aber auch anderer am Arbeitsmarkt benachteiligter Gruppen sind öffentlich geförderte Beschäftigungen aus sozialpolitischen Gründen unabdingbar.“

„Vorrang hat für uns eine flexible und sozialverträgliche Arbeitszeitpolitik, die größere individuelle Wahlmöglichkeiten eröffnet und eine breitere Verteilung der Erwerbsarbeit ermöglicht.“

„Um Arbeitslose schneller in Beschäftigung zu bringen und damit den Anteil Langzeitarbeitsloser zu reduzieren, brauchen wir eine neue Arbeitsvermittlung, die effektiv und schnell auf die Bedürfnisse von Arbeitslosen und Unternehmen reagieren kann.“

„Ein nachhaltiger Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist ohne eine gerechte Um- und Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit – gerade auch zwischen Männern und Frauen – nicht vorstellbar. Die Organisations- und Zeitstrukturen der Erwerbsarbeit müssen in der Weise neu definiert werden, dass sie Frauen und Männern gleichermaßen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern. Ein ‚neues Normalarbeitsverhältnis‘ muss deshalb von dem Regelfall ausgehen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neben der Erwerbsarbeit und dem Lebensanspruch auf regelmäßige arbeitsfreie Zeit Familienarbeit zu bewältigen haben.“

CDU/CSU

„Wir wollen grundsätzlich mehr Beschäftigungsmöglichkeiten im gesamten Niedriglohnsektor schaffen, um den Menschen den oftmals nicht einfachen Weg aus Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe zu erleichtern.“

„Wir wollen älteren Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnen, sich bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages eine Abfindung zusichern zu lassen, wenn sie für den Fall einer künftigen Kündigung auf



Keine Sonderangebote vor Wahlen!

„Es ist hohe Zeit, mit großen Worten und Werten, wie sie gern in Parteiprogrammen Ausdruck finden, sorgfältiger und sparsamer umzugehen.“

Ludwig Erhard

eine Kündigungsschutzklage verzichten.“

„Wir wollen in der Arbeitsmarktpolitik wieder zwei Grundsätzen Geltung verschaffen: Wer arbeitet, soll mehr in der Tasche haben, als wenn er nicht arbeitet. Staat und Gesellschaft sollen die Empfänger von Sozialtransfers fördern und fordern – denn Rechte und Pflichten gehören zusammen. Deswegen werden wir einen Schwerpunkt darauf legen, arbeitsfähige Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen...“

„Ein wesentlicher konzeptioneller Schritt zu einer solchen neuen Kultur des Förderns und Forderns besteht in der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die bisherigen Verschiebeaktionen zwischen den Kommunen als Träger der Sozialhilfe und den für die Arbeitslosenhilfe zuständigen Arbeitsämtern müssen vermieden werden. Deshalb sollen Arbeits- und Sozialämter in den neuen Job-Centern zusammenarbeiten.“



„In der Arbeitslosenversicherung muss wieder ein strenges Versicherungsprinzip zur Geltung kommen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik, zum Beispiel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die häufig in Konkurrenz zu kleinen und mittelständischen Privatunternehmen tritt, muss entschlossen gestrafft werden. Versicherungsfremde Leistungen, wie die Kosten für die Fortsetzung des Sofortprogramms

zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die in den Haushalt der Bundesanstalt verschobenen arbeitsmarktpolitischen Programme, müssen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Dadurch wird eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von heute 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent ermöglicht.“

„Die Vermittlung und Beratung von Arbeitsuchenden muss neu organisiert und soweit wie möglich privatisiert werden.“

„Das Kündigungsschutzgesetz muss gelockert werden, sodass es Neueinstellungen erleichtert, statt diese zu verhindern.“

„Zudem muss den Arbeitnehmern mehr Spielraum eingeräumt werden, welche Form des Kündigungsschutzes sie wollen. Daher sollten Arbeitnehmer und Arbeitgeber statt des Kündigungsschutzes eine Abfindungszahlung für den Fall der Kündigung vereinbaren können oder der Arbeitgeber sich zur Finanzierung einer Weiterqualifizierungsmaßnahme verpflichten.“

„Der Flächentarifvertrag, der die Arbeitsverhältnisse bis ins Detail bundeseinheitlich regelt, hat ausgedient. Die Tarifparteien sollen sich da-

rauf beschränken, Rahmenbedingungen zu setzen...“



„Die Stärkung der Binnennachfrage durch öffentliche Zukunftsinvestitionen und Erhöhung der Massenkaufrkraft durch eine aktive Lohn- und sozial gerechte Steuerpolitik können die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erhöhen und neue existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen.“

„Die Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich bleibt ein Hauptinstrument zur Sicherung der Beschäftigung. Das Gleiche gilt für die Verwandlung der 1,9 Milliarden Überstunden in neue Arbeitsplätze. Wir wollen deshalb den Überstundenabbau mit einer Initiative zur Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden voranbringen.“

„Wir fordern, dass ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ausgebaut wird, in dem gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten mit öffentlicher Finanzierung vorwiegend von gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Trägern geleistet werden.“

„Wir werden die kommende Regierung mit weitergehenden Vorschlägen herausfor-

dern und auch Vorschläge zur Sicherung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene einbringen. Gleichzeitig muss der nächste Bundestag endlich den Antistreikparagrafen beseitigen und das Tarifvertragsgesetz reformieren.“

Fazit

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist – neben der Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik – Hauptthema in allen Wahlprogrammen. Mit Ausnahme der FDP sind sich die Parteien erstaunlich einig, wie Arbeitslosigkeit abzubauen ist: Der Staat soll's richten. Ob Stärkung der Nachfrage (PDS), staatliche Förderung im Niedriglohnbereich (SPD und CDU/CSU) oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umverteilung von vorhandener Arbeit (Bündnis 90/Die Grünen) – sie alle sitzen dem Trugschluss auf, dass das Arbeitsvolumen in einer Marktwirtschaft vom Staat bestimmt werden kann.

Mit Blick auf die vier Millionen Arbeitslosen verspricht das CDU/CSU-Programm eine neue Arbeitsmarktpolitik. In diesem Feld habe die Regierung völlig versagt. CDU und CSU untermauern ihre Kritik mit Zahlen und sichern zu, dass sie „von der Schröder-Regierung geschaffene Einstellungshindernisse“ beseitigen werden. Die Regierung behauptet, sie habe alles Notwendige getan und verkündet selbstbewusst: „Die Weichen (für mehr Arbeitsplätze) sind gestellt.“

Alle Wahlprogramme sind auch vollständig abrufbar im Internet unter:

regierungsprogramm.spd.de/servlet/PB/menu/1069885/index.html
www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,769,00.htm
www.cdu.de/regierungsprogramm/
www.fdp.de/portal/pdf/Buergerprogramm2002.pdf
www.pds2002.de/positionen/programm/index.htm



Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik: Ungenügend.

„Die überwiegende Mehrzahl der Bundesbürger übt nach wie vor deutliche Kritik am Kurs der Bundesregierung: 47 Prozent sind damit weniger zufrieden, 24 Prozent lehnen die Politik des Berliner Kabinetts rundweg ab. Demgegenüber bekunden 28 Prozent ihr Einverständnis mit dem Handeln der Regierung Schröder, wobei kaum jemand (1 Prozent) ohne Einschränkungen zufrieden ist... In erster Linie fokussiert sich die Kritik auf die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.“

Deutschland Trend, Umfrage von Infratest dimap im Mai 2002.

IM KLARTEXT

Juli 2002

Die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft

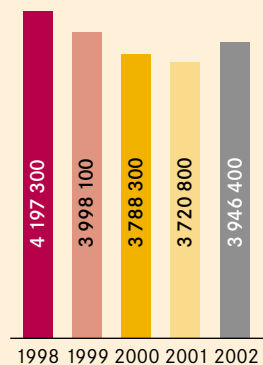
Ludwig Erhard wollte mit seiner Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung garantieren, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Aus diesem Leitbild ergeben sich konkrete Ziele der Sozialen Marktwirtschaft wie Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Die Zahl der Arbeitslosen hat im Mai 2002 knapp an der Vier-Millionengrenze gelegen: Offiziell rund 3,946 Millionen Menschen waren ohne Arbeit. Das sind zwar 77 600 Erwerbslose weniger als im Vormonat April, aber rund 225 600 mehr als im Mai 2001. Die Arbeitslosenquote sank

Arbeitslose

(jeweils im Mai des Jahres)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

im Vergleich zum Vormonat von 9,7 auf 9,5 Prozent (7,6 Prozent in den alten, 17,7 Prozent in den neuen Bundesländern). Das Ziel der Bundesregierung, die Arbeitslosenzahl bis Ende der Wahlperiode zumindest unter 3,5 Millionen zu bringen, scheint weiter entfernt denn je.

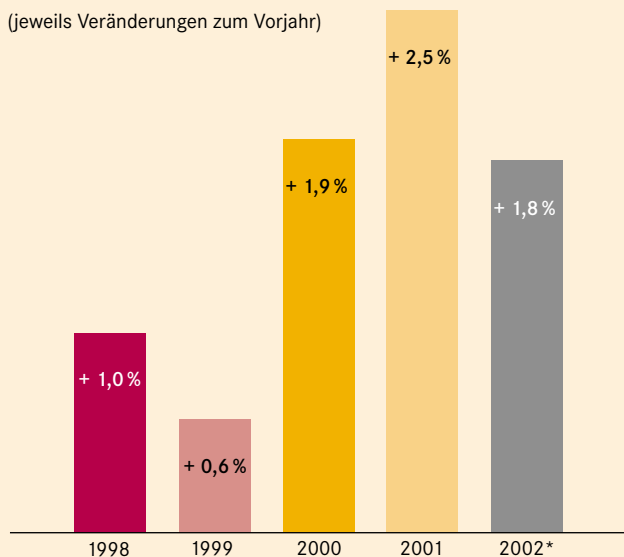
Geldwertstabilität

Das Statistische Bundesamt ermittelt regelmäßig mit dem Preisindex für die Lebenshaltung, ob Einkäufe billiger oder teurer werden. In den vergangenen Jahren haben besonders solche Güter mehr gekostet, bei denen die Preisentwicklung di-

Fernsehgebühren 2001, die ökologische Steuerreform. Überdurchschnittliche Preisentwicklungen im Jahresvergleich 2001/2002 gab es vor allem bei Dienstleistungen. Laut Bundesfinanzministerium existiert derzeit ein Unterschied zwischen der „gefühlten Inflation“ des

Lebenshaltungskosten

(jeweils Veränderungen zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

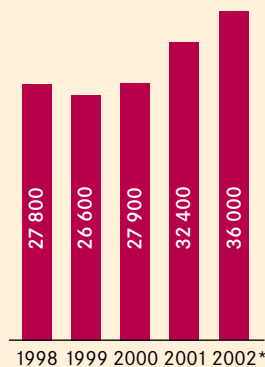
rekt oder indirekt durch den Staat beeinflusst wird: Erhöhung der Kfz-Steuern 2001, Anhebung der Rundfunk- und

Einzelnen beim täglichen Einkauf - Stichwort Teuro - und den statistisch ermittelten Verbraucherpreisen.

Eigenverantwortung

Die Zahl der Firmen-Insolvenzen hat in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr mit 32 400 einen neuen Höchststand erreicht. Der Zuwachs gegenüber dem Jahr 2000 betrug 16,1 Prozent. Damit stiegen die Pleiten im zweiten

Insolvenzen



* geschätzt

Quelle: Creditreform.

Jahr hintereinander markant an. Schätzungen für das laufende Jahr verheißen wenig Gutes: Es droht mit 36 000 Firmenpleiten der nächste Höchststand in Folge.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Gestaltung: New Concept, Düsseldorf
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard